

Hans-Georg Räder

**KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG
IM NEUEN DEUTSCHLAND.
EINE EMPIRISCHE BESTANDSAUF-
NAHME**

München, Juni 1994

Vorbemerkung

Es gibt nicht allzu viele empirische Datenquellen über Kriegsdienstverweigerer oder Zivildienstleistende. Im folgenden werden auch keine Ergebnisse einer stringenten Untersuchung, sondern Ergebnisse einer Sekundäranalyse der allgemeinen Statistik und der SINUS-Jugendstudie von 1992 vorgestellt.

Zunächst wird die Entwicklung der KDV-Anträge innerhalb der Geburtsjahrgänge 1938-1971 diskutiert. Dann wird aus dem Material der SINUS-Jugendstudie für das BMVg die Entscheidungssituation derjenigen, die 1992 zur Wehrpflicht heranstanden, spezifischer betrachtet.

Unter welchen Aspekten sehen Wehrdienstwillige und Verweigerer das Soldatsein bei der Bundeswehr, und wie beurteilen sie den Bundeswehr-Auftrag und seine Ausweitung?

Schließlich wird versucht, die Homogenität bzw. Inhomogenität der definitiven und potentiellen Verweigerer zu beurteilen.

Damit soll ein bescheidener Ansatz gemacht werden, in Zeiten erheblicher Unübersichtlichkeit weitere Orientierungspunkte für phantasievollere Entwürfe zur Erklärung der Kriegsdienstverweigerung zu liefern.

Die "immanente Geschichte" der KDV-Anträge innerhalb der Geburtsjahrgänge 1938 bis 1971

Die Geschichte der Kriegsdienstverweigerung in der Bundesrepublik Deutschland ist sehr komplex. Sie wurde in anderen Arbeiten des SOWI intensiv dargestellt (Kuhlmann & Lippert 1991)¹ und wird hier nicht weiter verfolgt.

Im folgenden soll die Zahl der KDV-Anträge von Ungedienten² pro Geburtsjahrgang in ihrer quantitativen Entwicklung betrachtet und klassifiziert werden.

Gibt es signifikante quantitative Sprünge, die diese Entwicklung in Sub-Serien unterteilen?

Sind dann solche quantitativen Sprünge als qualitative Entwicklungsphasen interpretierbar?³

Anders ausgedrückt: Folgt die Entwicklung der KDV-Anträge nicht nur einer administrativ auferlegten, sondern auch einer immanenten sozialen Geschichte?⁴

¹ Kuhlmann, Jürgen & Lippert, Ekkehard: Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst in der Bundesrepublik Deutschland. München: SOWI-Arbeitspapier Nr.49 (April 1991).

² Also der Erstanträge ohne diejenigen der Soldaten und Reservisten

³ Es geht hier um den Unterschied zwischen dem statistischen und dem funktionalen Aspekt der "Normalität", um quantitative Veränderung und qualitative Verschiebung, wie Kurt Koffka in "The Principles of Gestalt Psychology" (London: Kegan Paul 1936) ausführte: Koffka geht davon aus, daß die Tendenz zur Normalität von Wahrnehmungen eine Tendenz der Rahmenbedingungen sei und daß sowohl das wahrnehmende Ich als auch die Objekte innerhalb des Bezugsrahmens durch diesen bestimmt seien. Normalität ergibt sich somit aus den invarianten Verbindungen des Bezugsrahmens mit dessen Inhalten (einschließlich der Objekte und des wahrnehmenden Ichs). Koffka meint, der statistische Aspekt der "Normalität" (hier im Sinn der "Normalverteilung") sei dabei die Wirkung des funktionalen: "... the normal becomes the most frequent case because of its normality, but it does not become the normal because of its greatest frequency - an observation pertinent to many discussions of these two pairs of concept, and absolutely fatal to the positivistic reduction of the normal, or the type, to the statistical average." (Koffka 1936, S. 221ff)

In diesem Licht betrachtet, bedeutet ein signifikanter quantitativer Sprung in einer Reihe oder Entwicklung einen Indikator für eine qualitative Verschiebung der Rahmenbedingungen. Und Letzteres — nicht die Quantität als solche - ist schließlich das Erkenntnisinteresse der empirischen Sozialforschung.

⁴ Entwicklungsprozesse werden als Umschlag quantitativer Merkmalsänderungen in eine neue Qualität in ihrer Zeitabhängigkeit begriffen. Als klassifikatorische Zusatzbestimmungen der Entwicklung treten dabei Unterscheidungen von "Schritten", "Stufen", "Stadien", "Phasen" oder "Perioden" auf. Während die Klassifikation als "Stufen" oder "Stadien" implizit zielorientiert ist, geht die Klassifikation von "Phasen" oder "Perioden" eher von rhythmischen Schwingungen zwischen polaren Zuständen aus, legt also keine Entwicklungsrichtung fest. Dennoch wird im folgenden die Entwicklung der KDV-Anträge als Geschichte ansteigender Phasen bzw. Perioden in Übereinstimmung mit den quantitativen Merkmalen beschrieben: Devianz-Protagonisten-Diffusion-Stabilisierung-soziale Normalität.

Diesen Fragen wird anhand des von Wainer & Schacht vorgeschlagenen Gapping-Algorithmus¹ nachgegangen. Die Ergebnisse dazu finden sich in Tabelle 1 und Grafik 1.

Aus dem quantitativen Verlauf (und den in den Fußnoten erläuterten Überlegungen) ergibt sich eine Beschreibung der Entwicklung der KDV-Anträge in der folgenden Periodisierung²:

- a) In den Geburtsjahrgängen 1938-1947 war die Kriegsdienstverweigerung ein Muster sozialer Devianz: Die Zahl der KDV-Anträge war gering, und Verweigerer waren sozialtypische Ausnahmereischeinungen. (KDV-Anträge Jg. 1938= 4481; Jg.1947= 9304)
- b) Die Geburtsjahrgänge 1948, 1949 und 1950 können als Protagonisten einer breiteren KDV-Bewegung betrachtet werden:
In der relativ kurzen Zeitspanne um 1968 verdoppelte sich die Zahl der KDV-Anträge in einem sozialen Umfeld, das die Wehrpflicht als Bestandteil der "Normal-Biografie" eines männlichen jugendlichen sah. Die BMVg-Weißbücher 1970 und 1973/74 weisen hauptsächlich Schüler und Studenten als Verweigerer aus.
In dieser Ereignis-Periode wurde der zivile Ersatzdienst ausgebaut und zunächst beim Bundesministerium für Arbeit ein Beauftragter für den Zivildienst eingesetzt.
- c) In den Geburtsjahrgängen von 1951 bis 1958 ist eine Diffusionsphase der Kriegsdienstverweigerung auszumachen.³
In dieser Zeitspanne verdoppelte sich die Zahl der KDV-Anträge erneut (Jg.1951= 24091 Anträge; Jg.1957= 49697 Anträge).
Im Mai 1973 wurde das "Dritte Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den zivilen Ersatzdienst" verabschiedet. Darin wird zur "effektiven Verwendung der Zivildienstleistenden" das Bundesamt für den Zivildienst im Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung geschaffen.
Im außergewöhnlichen Anstieg um 10000 Anträge vom Jahrgang 1957 auf 1958 spiegelt sich die damalige Bemühung der sozial-liberalen Koalition, das Antragsverfahren 1977 durch eine formlose Willenserklärung zu vereinfachen. Diese Regelung wurde kurz darauf zurückgenommen, woraufhin die Zahl der KDV-Anträge wieder dem linearen Trend folgte.

¹ Wainer & Schacht: Gapping. In: Psychometrika 43(2), S.203-212.

Deren Überlegungen wurden in einem ausführbaren Programm von Räder (1992) umgesetzt. Dabei ergeben sich teststatistisch interpretierbare Werte (analog z-Werte), die indizieren, ob ein quantitativer Wert in einer Reihe von seinem Vorgänger-Wert verschieden ist (d.h. signifikanter Gap).

² Die Beschreibung orientiert sich an den Geburtsjahrgängen. Für die ereignisorientierte Darstellung kann man grob davon ausgehen, daß die KDV-Entscheidung im Alter von 20 Jahren effektiv wird. Dadurch erhält man eine um 20 Jahre verschobene Ereignis-Periodisierung.

³ Während das Weißbuch 1970 noch von "Wehrdienstverweigerern" spricht, bedient sich das Weißbuch 1971/72 (analog zum §25 des damaligen Wehrpflichtgesetzes) des Ausdrucks "Kriegsdienstverweigerung".

- d) In den Geburtsjahrgängen 1959 bis 1965 liegt (trotz administrativer Regelungen) eine Periode der Stabilisierung der Kriegsdienstverweigerung als soziales Phänomen vor. (Jg.1959= 52810; Jg.1965= 63825 Anträge)
Diese Geburtsjahrgänge waren nicht unerheblich durch den Protest gegen die im "Nachrüstungsbeschluß" vorgesehene Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles geprägt.
In dieser Periode wurde ein Kriegsdienstverweigerungsgesetz verabschiedet, das die Glaubwürdigkeit der Gewissensentscheidung maßgeblich an der Bereitschaft mißt, einen im Vergleich zum Grundwehrdienst um ein Drittel längeren Zivildienst zu leisten. Dieses Gesetz trat am Januar 1984 in Kraft.
- e) Für die Geburtsjahrgänge 1967 und folgende hat die Kriegsdienstverweigerung den Status eines Massenphänomens sozialer Normalität erreicht. Der Kalte Krieg, der die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland begleitete, verlor seine prägende Kraft und existierte 1990 nicht mehr. Die vorher antagonistischen deutschen Staaten fanden sich in einem vereinten Staat wieder.
Im Zusammenhang mit dem Prozeß der deutschen Vereinigung ist allerdings eine Relativierung für den Status der Kriegsdienstverweigerung angezeigt: Während in den alten Bundesländern in den 90er Jahren ca. zwei Drittel der jugendlichen Zivildienstleistende zu ihrem Freundes- und Bekanntenkreis zählen, ist in den neuen Bundesländern die Kriegsdienstverweigerung -quasi zeitverschoben - am ehesten durch die soziale Phase b) (Verweigerer als Protagonisten) zu charakterisieren.

Tabelle 1:

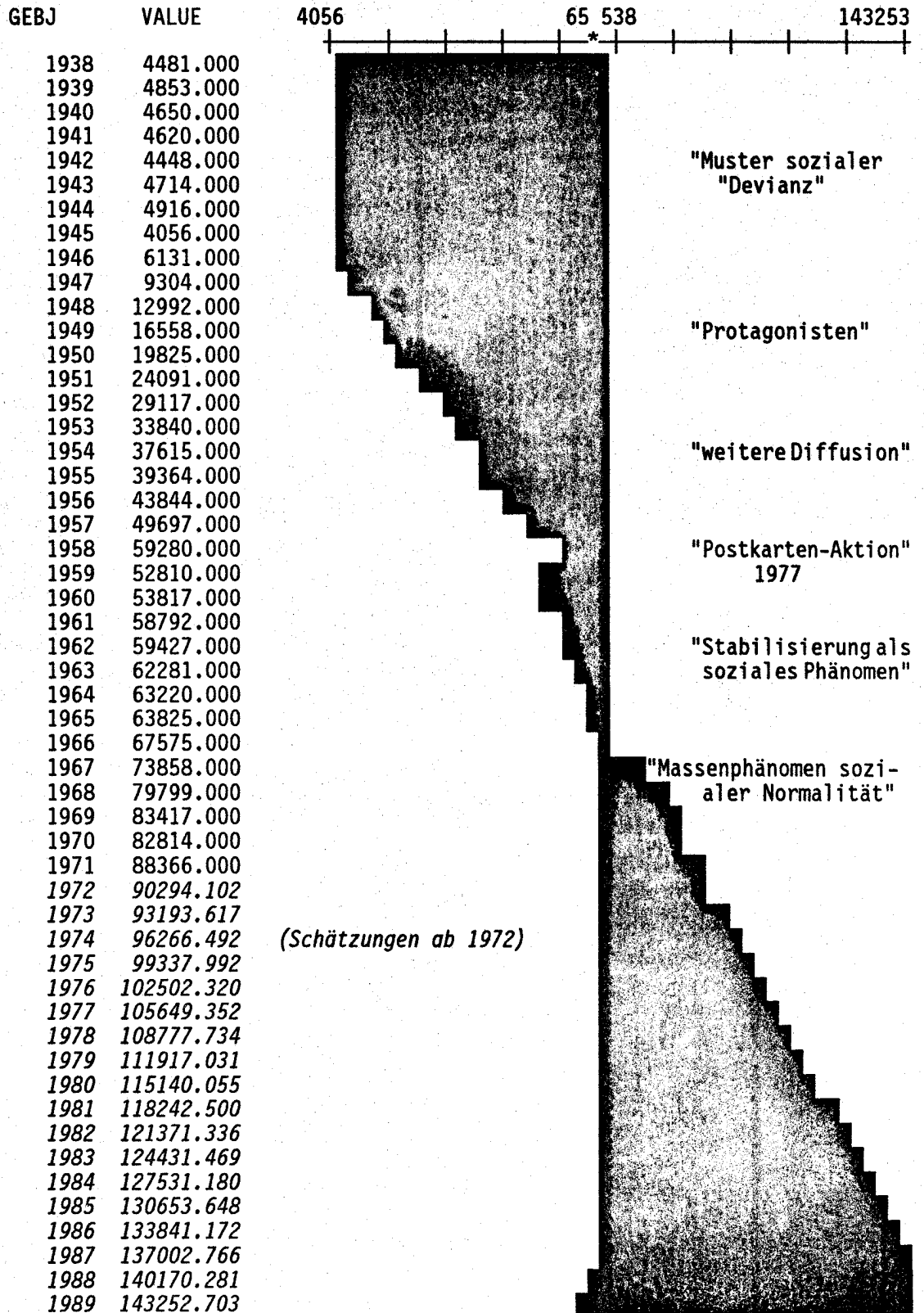
Phasen der KDV-Entwicklung

GEBJ	Antrag	z-Werte für gaps		
		1.Level	2.Level	
1938	4481			
1939	4853			
1940	4650			
1941	4620			
1942	4448			"Muster sozialer Devianz"
1943	4714			
1944	4916			
1945	4056			
1946	6131			
1947	9304			
.....	
1948	12992		2.027	
1949	16558		1.975	"Protagonisten der KDV"
1950	19825			
.....	
1951	24091		2.058	
.....	
1952	29117		2.141	
1953	33840		1.957	"Diffusionsphase der KDV"
1954	37615			
1955	39364			
1956	43844			
1957	49697			
.....	
1958	59280		2.389	
.....	
1959	52810			
1960	53817			
1961	58792			
1962	59427			"Stabilisierung der KDV als soziales Phänomen"
1963	62281			
1964	63220			
1965	63825			
1966	67575			
.....	
1967	73858		2.119	
.....	
1968	79799		2.011	
1969	83417			"KDV als Massenphänomen sozialer Normalität"
1970	82814			
1971	88366			
.....	
1972	73219		2.193	* KDV-Anträge laufen noch
1973	58891			
1974	18228			
1975	.			

Grafik 1:

KDV-Anträge

Sequentieller Plot der Serie zentriert am Mittelwert



Anmerkung: kursive Werte sind Schätzwerte aus einer linearen Regression (ab 1972).

Erstaunlich an dieser rein quantitativen Betrachtung der Entwicklung von KDV-Anträgen nach den jeweiligen Geburtsjahrgängen ist ihre ausgeprägte Linearität in den Nachkriegs-Geburtsjahrgängen. Die Antragszahlen sind dabei insgesamt nahezu monoton steigend.

Wenn die KDV-Entwicklung strikt monoton steigend ist, muß dahinter ebenfalls eine wachsende sozio-kulturelle bzw. sozio-strukturelle Entwicklung stecken.

Das verweist auf einen stabilen gesellschaftlichen Prozeß, der einen solchen linearen Zuwachs hervorbringen kann. Die ebenfalls monoton steigende Rate an höheren Schulabschlüssen kann allein diese Dynamik nicht erklären. Plausibel scheint zunächst, daß das Phänomen der Kriegsdienstverweigerung im Rahmen der Individualisierungsthese von Ulrich Beck (1986) zu interpretieren ist. Dazu müssen aber dann die interpretativen Entwürfe der männlichen Jugendlichen - also ihre Motive - genauer betrachtet werden. Aus der inzwischen erreichten Phase der Kriegsdienstverweigerung als "Massenphänomen sozialer Normalität" ergibt sich zudem, daß die Prägnanz kohärenter Gruppen - wie sie normalerweise unter "Protagonisten" in der Phase der "Abweichung" gegeben ist nicht mehr unterstellt werden kann.

Es ist also keine einfache Beschreibung der "Verweigerer" nach sozialen Charakteristika (wie z.B. Schulbildung oder Wohnumfeld) mehr zu erwarten.

Welche sozialen und mentalen Hintergründe sind für diejenigen auszumachen, die sich gegen den Wehrdienst und für einen Zivildienst entscheiden?

Anders ausgedrückt: gibt es unterschiedliche soziale Lebenswelten für Wehrdienst- und Zivildienstleistende? Was konstituiert solche unterschiedliche Haltungen zur Wehrpflicht und zur Bundeswehr?

Schließlich: *Inwiefern unterscheiden sich fest entschlossene Verweigerer von solchen, die sich in ihrer Entscheidung weniger sicher sind?*

Aufgrund der Integration zweier unterschiedlicher politischer Kulturen im vereinigten Deutschland nach 1990 ist weiterhin die Frage relevant, ob die Rahmenbedingungen für die KDV-Entscheidung in Ost- und West-Deutschland gleich oder unterschiedlich sind.

Die Wehrpflicht-Entscheidung westdeutscher junger Männer der Geburtsjahrgänge 1974-75-76 im Jahr 1992

Der Bevölkerungsteil, auf den jeweils die Entscheidung gegenüber der Wehrpflicht zukommt, ist die Alterskohorte der 16-18jährigen männlichen Jugendlichen deutscher Staatsangehörigkeit¹. Die Entscheidung entfällt bei jungen Männern dieser Jahrgänge nach einer Ausmusterung ("nicht tauglich") oder nach einer Freistellung vom Wehrdienst².

Als Entscheidung konkretisieren sich dann drei Alternativen, nämlich

a) die Ableistung des Grundwehrdienstes

¹ Die Planungsdaten der Bundeswehr beziehen sich auf die jeweils 19jährigen (Geburtsjahr+19).

² Freistellungen vom Wehrdienst sind z.B. möglich wegen eines Polizeidienstes, wegen Mitgliedschaft beim Technischen Hilfswerk oder Roten Kreuz, oder wegen eines Theologiestudiums.

b) die Bewerbung als Freiwilliger bzw. Soldat auf Zeit

c) die Antragsstellung auf Kriegsdienstverweigerung.

Im folgenden werden die Zusammenhänge, die mit einer solchen Wehrpflicht-Entscheidung verknüpft sind, anhand einer Sekundäranalyse der SINUS-Jugendstudie für 1992 aufgezeigt.

Dabei wird die Wehrpflicht-Entscheidung folgendermaßen klassifiziert:

- 1) definitive Kriegsdienstverweigerung
- 2) Kriegsdienstverweigerung zumindest in Erwägung gezogen (=noch nicht sicher, ob Verweigerung oder Wehrdienst)
- 3) definitive Ableistung des Wehrdienstes
- 4) Bewerbung als Freiwilliger zumindest in Erwägung gezogen (=noch nicht sicher, ob Wehrdienst oder Freiwilligenbewerbung oder definitiv Bewerbung als Freiwilliger)

In dieser Terminologie ist die Kriegsdienstverweigerung zwar keine Entscheidung für, aber zur Wehrpflicht. Insofern werden diejenigen, die den Wehrdienst ableisten wollen, als 'Wehrdienstwillige' bezeichnet.

In den achtziger Jahren -im Zeitraum zwischen dem "Nachrüstungsbeschluß" und dem "Fall der Mauer" - lag die Rate derer, die sich zumindest einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung überlegten, in den "alten Bundesländern" der Bundesrepublik bei 30% (vgl. dazu Tabelle 3).

In diesem Zeitraum hat sich in der Bevölkerung das Bild der Kriegsdienstverweigerung verschoben: Verweigerer wurden zunehmend als Zivildienstleistende wahrgenommen und auch in den älteren Bevölkerungsgruppen akzeptiert. Dieses wiederum hatte offenbar eine Rückwirkung auf die Gruppe der Betroffenen: Inzwischen zieht die Mehrheit derer, die zum Wehrdienst herantreten, eine Verweigerung - bzw. einen Zivildienst zumindest in Betracht. Der Zivildienst ist für diese Gruppe inzwischen kein Ersatzdienst mehr, sondern ist eine gleichwertige Alternative zum Wehrdienst.

Die Situation ist in den "neuen Bundesländern" - also auf dem Gebiet der ehemaligen DDR demgegenüber noch etwas "konventioneller" geprägt. Die Verteilung der Entscheidungsweisen gegenüber der Wehrpflicht entspricht noch eher derjenigen der achtziger Jahre in den alten Bundesländern (vgl. Tabelle 2).

In den neuen Bundesländern gibt es deutlich weniger "entschiedene Verweigerer" als im Westen, dafür aber mehr, die von vorneherein den Wehrdienst leisten wollen.

Die Rahmenbedingungen der Wehrpflichtentscheidung scheinen also (noch) unterschiedlich zwischen dem westlichen und östlichen Teil Deutschlands zu sein.¹

Die Frage nach etwaigen unterschiedlichen Lebenswelten von Verweigerern und Wehrdienstleistenden soll deshalb zunächst auf die Situation der westdeutschen Jugendlichen beschränkt bleiben. Der Grund dafür ist, daß die Wehrpflicht-Entscheidung in dieser Form für die Jugendlichen in Ostdeutschland noch eine Novität darstellt.

Tabelle 2:

Die Wehrpflichtentscheidung
Deutsche Männer der Geburtsjahrgänge 74-75-76
im Sommer 1992

Frage. Es gibt verschiedene Haltungen, die ein junger Mann gegenüber dem Wehrdienst bei der Bundeswehr im vereinten Deutschland einnehmen kann. Welche dieser Möglichkeiten steht Ihrer Meinung am nächsten?

Wehrpflichtentscheidung	WEST	OST	GESAMT
Antrag auf Kriegsdienstverweigerung gestellt Werde Antrag auf KDV stellen	471 30.6%	92 18.1%	563 27.5%
Nicht sicher: Verweigerung oder Wehrdienst Werde Wehrdienst leisten	318 20.6%	96 18.9%	414 20.2%
Nicht sicher: Wehrdienst oder freiwillig Werde mich freiwillig melden Bewerbung als Freiwilliger abgegeben	539 35.0%	229 45.1%	768 37.5%
Stichprobenumfang (Ost/West) = 100%	213 13.8%	91 17.9%	304 14.8%
	1541	508	2049

¹ Allerdings soviel schon vorweg: Die generelle Einstellung zum Militär und besonders zu einer Militärpolitik in der internationalen Verflechtung ist in Ostdeutschland durch eine stärkere Zurückhaltung als in Westdeutschland geprägt. Die Erklärung der Unterschiede in der Wehrpflichtentscheidung zwischen Ost- und Westdeutschland ist somit komplizierter, als auf den ersten Blick scheinen mag.

Tabelle 3:

Die Wehrpflicht-Entscheidung junger Männer
im Zeitvergleich in den 80er Jahren
(SINUS-Jugendstudien für das BMVg)

Jahr	KDV	WPFL	SaZ	n=100%
1983	32.0	51.3	16.7	1522
1984	29.5	53.0	17.5	1521
1985				
1986	29.3	55.1	15.6	1510
1987	33.5	52.7	13.7	1553
1988	33.1	52.2	14.1	1516
80er Jahre	31.5	53.0	15.5	7622
1992 ABL	51.2	35.0	13.8	1541

Welche Zusammenhänge sind nun mit diesen Entscheidungsarten gegenüber der Wehrpflicht verbunden? Mit anderen Worten. Welche Rahmenbedingungen haben einen Einfluß auf die Wehrpflichtentscheidung?

Von besonderem Interesse sind dabei solche polarisierenden Zusammenhänge, bei denen ein Kriterium, ausgehend von einem Entscheidungspol, strikt monoton zu- oder abnimmt¹. Diese Art von Zusammenhängen verweist nämlich auf Unterschiede zwischen den betrachteten Gruppen.

In dem Untersuchungsmaterial der Sekundäranalyse der SINUS-Untersuchung von 1992 lassen sich folgende Zusammenhänge finden:

- a) Soziodemographische Daten spielen 1992 eine eher untergeordnete Rolle bei der Wehrpflichtentscheidung. Hier ist allerdings zu beachten, daß die Sinus-Befragung von potentiellen Wehrpflichtigen ausgeht. Indirekte Verweigerungsformen sind also ausgeblendet. Erwartungsgemäß zeigt sich ein Syndrom der formalen Schulbildung: Schüler mit formal höheren Bildungsabschlüssen sind eher unter den Verweigerern zu finden. Verweigerer sind auch tendenziell Verweigerer in der 2. Generation: Ihre Väter haben eher keine Militärerfahrung. Für die alten Bundesländer lassen sich regionale Differenzierungen feststellen: Verweigerungsraten sind in Hessen und Baden-Württemberg überproportional hoch, in Bayern und Niedersachsen dagegen niedrig. Die klassische Beschreibung der sozialstrukturellen Faktoren - wie z.B. soziale Schicht oder Wohnortgröße - liefert keine hinreichende Differenzierung zwischen Wehrdienstleistenden (incl. Soldaten auf Zeit) und Verweigerern.²

¹ Das ist eine Umschreibung eines linearen Zusammenhangs, der z.B. in Korrelationen zum Ausdruck kommt.

² Gesamtdeutsche Sozialstrukturvergleiche zwischen West- und Ost-Deutschland dürften zu dem momentan noch äußerst schwierig sein.

- b) Entsprechend zeigen sich zumindest in den vorhandenen Befragungsdaten keine Zusammenhänge mit Daten aus dem allgemeinen sozialen Umfeld (wie z.B.. familiäre Harmonie, Geschwister, Kommunikationsstrukturen).
- c) Die Einstellung des sozialen Umfeldes zur Bundeswehr vermag dagegen die Wehrpflicht-Entscheidung zu begründen
 Der Vater spielt in dieser Entscheidung eine Rolle. Während hauptsächlich er für einen Einfluß auf die Wehrdienst-Entscheidung genannt wird, ist er bei der KDV-Entscheidung lediglich in einem weiteren sozialen Umfeld mitbeeinflussend.
 Bei der KDV-Entscheidung spielt das extra-familiäre Bezugssystem der Freunde eine starke Rolle, während Freiwillige und Wehrdienstleistende eher mit niemandem über die Möglichkeit der KDV-Entscheidung geredet, haben.
- d) Die Schule scheint allenfalls über die Strukturierung des Freundeskreises, nicht aber direkt einen Bezug zur Wehrpflicht-Entscheidung zu haben.
 Die Wahrnehmung nicht-personaler Informationen scheint bei den Entscheidenden dem Modell der kognitiven Dissonanzvermeidung zu folgen: Medienberichte werden im Sinn der Wehrpflicht-Entscheidung interpretiert, und die Bereitschaft, sich Bundeswehrinformationen zuzuwenden, korrespondiert ebenfalls mit dieser "Vor-Entscheidung". Dies zeigt sich am deutlichsten im Interesse am Thema "Bundeswehr" und daran, wem Einfluß bezüglich der Meinung über die Bundeswehr eingeräumt wird.

Aus dem bisherigen (a-d) folgt:

Die Entscheidungsbildung zur Ableistung des Wehrdienstes ist äußerst komplex. Es gibt keine mechanischen Effekte, die diese Entscheidungsfindung erklären könnten.

Dennoch zeigen die selektiven Informationsstrategien und die relativ kohärenten Meinungen der Entscheidenden zur Bundeswehr, daß der Entscheidungsprozeß in sich relativ stabil ist. Ungeklärt ist, wie dieser Prozeß in Gang kommt und welche anderen Überzeugungen und Einstellungen auf die Entscheidungsfindung einwirken¹.

In dieser Sekundäranalyse stehen hauptsächlich Informationen über Meinungen und Einstellungen zur Bundeswehr zur Verfügung. Diese müssen aber als kovariierende oder abgeleitete Ausdrücke anderer lebensweltlicher Dimensionen begriffen werden².

- e) Der Entscheidungskontext verweist in der Bewertung von Wehr- und Zivildienst auf klare Urteilsstrukturen. Die Einschätzung des Wehr- bzw. Zivildienstes geschieht also stringent im Sinn der eigenen Entscheidungsabsicht.

¹ Deshalb ist die Beachtung möglichst vieler Überzeugungen und Meinungen in diesem zur Verfügung stehenden Beobachtungsfeld wichtig.

² Insofern ist die Perspektivenumstellung auf induktive Verfahren, die nach latenten Sinnstrukturen fragen (wie z.B. die Hauptkomponentenanalyse), für die weitere Analyse konstitutiv.

- f) Das Konzept bzw. der Entwurf "Soldatsein" hat eine hohe. Bedeutung für die Wehrpflicht-Entscheidung. Dieser grundsätzliche Entwurf ist insgesamt für die Entscheidung relevanter als die Abwägung der positiven und negativen Seiten der Bundeswehr.
- g) Die- abstrakte (ich-fernere) sicherheitspolitische Meinung erweist sich deutlich als trennscharf zwischen Wehrdienstwilligen und Verweigerern. insbesondere ist festzuhalten, daß. der Zusammenhang zwischen der Wehrdienstentscheidung und den Bundeswehr-Aufgaben bzw. -Einsätzen besonders stark in Form der Bewertung einer hypothetischen persönlichen Beteiligung ausfällt.
- h) Allgemeine politische Orientierungen trennen ebenfalls potentielle Wehrdienstleistende und Verweigerer: Verweigerer sind eher links orientiert und halten Abrüstungs-, Umwelt- und Sozialpolitik für wichtiger, als Wehrdienstleistende/SaZ dies tun. Soldaten auf Zeit und Wehrdienstleistende sind dagegen eher rechts orientiert und halten Verteidigungs-, Innen, Außen- und Wirtschaftspolitik für wichtiger. Systemzufriedenheit und politisches Interesse spielen in diesem Zusammenhang ebensowenig eine Rolle wie die subjektive Kosten-Nutzen-Bewertung der Wiedervereinigung. Wehrdienstleistende haben eine ausgeprägtere nationale Orientierung als Verweigerer. Verweigerer äußern eher einen europäischen oder globalen Bezug und lehnen einen national definierten Patriotismus eher ab.

Ein entscheidender Einflußfaktor auf die Absicht, den Wehrdienst anzutreten oder den Antrag auf Kriegsdienstverweigerung zu stellen, ist die Haltung d azu im sozialen Umfeld des Freundes- und Bekanntenkreises.¹

Hierin liegt auch ein Schlüssel zur Erklärung der diskrepanten Verweigerungsraten in Ostund Westdeutschland: Während in Westdeutschland Kriegsdienstverweigerer im sozialen Umfeld von zwei Dritteln der jugendlichen auftreten, sind sie im sozialen Umfeld der Ostjugendlichen erst zu einem Drittel vertreten.

Wenn aber Verweigerer im Freundeskreis der Ostjugendlichen auftauchen, dann ist die Absicht zu verweigern mit 38% deutlich höher, als wenn keine Verweigerer zum sozialen Umfeld gehören (8%). In Ostdeutschland gilt diese Bedingung vor allem im städtischen Lebensraum, wo dann die Verweigerungsabsicht auf 55% in dieser Gruppe steigt, wohingegen im ländlichen Umfeld trotz Freundeseinfluß nur 17% definitiv verweigern wollen. Die Absicht, einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung zu stellen, ist in Ostdeutschland aufgrund der konventionellen Hinderungsgründe der mangelnden Üblichkeit und der sozialen Kontrolle weniger häufig als in Westdeutschland.

Unter Westjugendlichen ist neben dem Freundeskreis (Steigerung 13% bei KDV-Freunden) die allgemeine politische Orientierung bedeutsam:

¹ Die folgenden Aussagen beruhen auf einer Segmentationsanalyse anhand CHAID. Deren Details werden hier unterschlagen.

Während trotz KDV-Freundeskreis bei einer eigenen Parteipräferenz für Rechtsparteien und CDU/CSU die KDV-Neigung um 24% sinkt, steigt sie bei einer Präferenz für die Grünen nochmals um 20%.

Die KDV-Neigung ist unter westdeutschen Jugendlichen nahezu umfassend (91%), wenn sie Abitur, eine Grüne-Präferenz und KDV-Freunde haben. Stadt-Land-Differenzen haben bei westdeutschen Jugendlichen keine eigene Auswirkung mehr auf die Wehrpflichtentscheidung.

Lebenswelten von Verweigerern und Wehrdienstwilligen in Ost- und Westdeutschland

Wir haben gesehen, daß die Entscheidung für oder gegen den Wehrdienst in sich sehr kohärent ist, daß aber die Einflußquellen für solche Urteilsstrukturen weniger klar zu bestimmen sind. Lediglich der starke Einfluß der Peer-group des Freundes- und Bekanntenkreises als solcher steht fest. Das kann zum einen auf eine starke soziale Konformität innerhalb der Peer-group oder zum anderen auf eigene Kommunikationsstrukturen verweisen.

Im folgenden soll betrachtet werden, ob mit den jeweiligen Entscheidungsweisen auch spezifische Beurteilungsstrukturen verbunden sind. Wird also das "soziale Geschehen" Bundeswehr je Entscheidungsform spezifisch konstruiert?¹

Hier soll die "Evaluation" der positiven und negativen Seiten der Bundeswehr und des Soldat-Seins durch die Entscheidungsgruppen herausgegriffen werden (vgl. Tabelle 4). Sodann ist aktuell die Frage interessant, wie die Aufgaben oder Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr und die diesbezügliche eigene Teilnahmebereitschaft beurteilt werden (vgl. Tabelle 5).

Zur Evaluation der Bundeswehr ergeben sich deutlich diskrepante Einschätzungen zwischen Wehrdienstwilligen und entschiedenen oder potentiellen Verweigerern.

Während Verweigerer das Leben in einer Kaserne im Gegensatz zu Wehrdienstwilligen mehrheitlich negativ - als laufende Gängelei durch Vorgesetzte, die auf die Nerven gehen - sehen, vermissen Wehrdienstwillige, eine echte Gemeinschaft vorzufinden, in der man etwas Interessantes erleben kann. Diese Diskrepanz scheint auf verschiedene Ausprägungen der Jugendkultur zurückzugehen, in denen individuelle Freiheit und Aufgehobenheit in Gruppen unterschiedlich bewertet werden. Auch ein Teil der Verweigerer findet die Bundeswehr als "Pfadfinderei" durchaus positiv. Unter den Wehrdienstwilligen gibt es eine Gruppe, die nicht nur die Gemeinschaft und Kameradschaft in der Bundeswehr positiv hervorhebt, sondern das Soldatsein als "Chitinpanzer für beschädigte Identität" begreift: Sie finden am Soldatsein gut, daß es einem Selbstvertrauen, ein geregelteres Leben und die Möglichkeit gibt zu zeigen, daß

¹ Die zugrundeliegende Analyse ist eine Matrixclustering, in der die nach Entscheidungsformen aggregierten Beurteilungen sowohl untereinander als auch zwischen den Gruppen so permutiert werden, daß eine Einfachstruktur auftritt. Einfachstruktur meint dabei, daß zwischen extremen Gruppen eine maximale Beurteilungs-Diskrepanz hervortritt.

man ein ganzer Kerl ist. Dazu gehört auch, daß sie meinen, soldatische Tugenden seien auch gut für die übrige Gesellschaft.

Diese Konstruktion wird von den Verweigerern nicht geteilt.

Ein weiterer Konstruktionszusammenhang verweist auf die unterschiedliche Wahrnehmung der Bundeswehr von Wehrdienstwilligen (als Kompensation von individuellen Modernisierungsrückständen) und Verweigerern (als Beschränkungen der Chancen der Moderne).

Die Bundeswehr erscheint den einen attraktiv, weil sie individuelle Aufstiegs- und Zugangschancen zu eröffnen scheint, die anderen vermuten darin eher eine Blockierung ihrer persönlichen Entfaltung. Für ostdeutsche potentielle Verweigerer sind die Kompensationsaspekte der Bundeswehr dabei zum Teil attraktiver als für Westdeutsche, die Wehrdienst leisten wollen.

Diese Evaluation der Bundeswehr ist seit den achtziger Jahren für die Gruppen der Verweigerer und Wehrdienstwilligen gängig; neu ist nur die Verortung der ostdeutschen Bewertungen. Dabei zeigt sich, daß die ostdeutschen definitiven Verweigerer sich von westdeutschen nicht unterscheiden, daß aber ostdeutsche potentielle Verweigerer ebenso wie Freiwillige sich von den westdeutschen durch einige Besonderheiten abheben.'

Dieser Aspekt wird hier nicht weiter verfolgt dazu nur soviel: Die ostdeutschen Verweigerer sind unter vielen Aspekten eher "westlich" als ihre Altersgenossen.

Tabelle 4:

Evaluation der Bundeswehr und des Soldat-Seins
Matrixcluster von Gruppenprozenten

Spaltenbezeichnung:	WEHRDIENST		VERWEIGERUNG		>>> 0= OST W= WEST
	W=Wehrdienst S=SaZ	? GES	K=KDV-Antrag ?=vielleicht KDV	?KK	
	SWWS W000	0	W00		
S:Kaserne negativ	·000	■	■	■	
S:gegängelt werden	·0■	■	■	■	
S:Vorgesetzte nerven	0■■■	■	■	■	
S:Interessantes erl.	■	■	■	■	00
S:echte Gemeinschaft	■	■	■	■	·
BW-:Trennung Angehörige	■■■0	■	■	■	00
BW+:Kameradschaft	■	0	■	■	·
S:gibt Selbstvertrauen	■	■	■	0	0
S:sold.Tugend gut	■	0	0	·	·
S:geregelttes Leben	■	·	0	·	
S:ganzer Kerl sein	■0■	0	0	·	
BW-:nichts.davon	·				
S:trage gern Uniform	■00■	·			
BW+:moderne Geräte	0000	·	·	·	
BW+:Bezahlung	·00	0	·	·	
BW-:Alkoholmißbrauch	·00	·	·	·	
BW+:Selbständigkeit	·	0	·	·	
BW+:finanz.Abfindung	·0	0	·	·	
BW+:Fortbildungsmögl	000·	0	0	0	
BW-:Druck Vorgesetzte	·00	0	0	0	0
BW-:verlorene Zeit	·	·	·	000	
BW-:eingengegte Persönl	·	·	·	·00	
BW-:Zweifel am Sinn	·	·	·	·■	
BW+:nichts davon	·	·	·	0■	

LEGENDE

Aspekte: S =Soldatsein
 BW+ =positive Seiten der BW
 BW- =negative Seiten der BW

Gruppenprozentwerte für Zustimmung
 0.00 > 14.5 > 29.0 > 43.5 > 58.0 > 72.5 > 87.0
 BLANK o ■ ■■ ■■■

DISTANZ METRIK IST EUCLIDISCHE DISTANZ
 WARDs MINIMUM VARIANCE METHODE

Tabelle 5:

Evaluation der Bundeswehr-Aufgaben und
persönliche Teilnahmebereitschaft

BW: = Die Bundeswehr sollte eingesetzt werden bei
PB: = Zu welchem dieser Einsätze wären Sie auch pers. bereit?

	Verweigerer				GES	Wehrdienst			
	KDV		KDV?			Z	WPFL		Z
	0	W	0	W		0	0	W	W
0 =OST W =WEST >>>									
BW:Umwelt iDeutschl.	█	█	█	█	█	█	█	█	█
PB:Umwelt iDeutschl.	█	█	█	█	█	█	█	█	█
PB:Wiederaufforstung	█	█	█	█	█	█	█	█	█
BW:Wiederaufforstung	█	█	█	█	█	█	█	█	█
BW:Umwelt aDeutschl.	█	█	█	█	█	█	█	█	█
PB:UMwelt aDeutschl.	█	█	█	█	█	█	█	█	█
BW:Vert.v.NATO-Länder	·	0	0	█	█	█	█	█	█
BW:Blauh: iEuropa	0	0	0	█	█	0	█	█	█
BW:milMaßn.Atomwaffenländer	·	0	0	█	█	█	█	█	█
BW:innere Unruhen	·	·	·	0	0	0	0	0	0
BW:mil.UNO-Einsatz	·	·	0	0	0	0	0	█	█
BW:Blauh. aEuropa	0	0	·	0	0	0	0	█	█
PB:Blauh. iEuropa	·	·	0	0	0	█	█	█	█
PB:Vert NATO-Länder	·	·	0	0	0	█	0	█	█
PB:milMaßn Atomwaffenländer	·	·	0	0	0	0	0	█	█
PB:Blauh. aEuropa	·	·	·	·	·	0	0	0	█
PB:mil. UNO-Einsatz	·	·	·	·	·	0	·	0	█
PB:innere Unruhen	·	·	·	·	·	0	·	0	0
BW:Abwehr Wirtschaftsflüchtl.	·	·	·	·	·	0	0	·	0
PB:Abwehr Wirtschaftsflüchtl.	·	·	·	·	·	0	0	·	0

LEGENDE

Gruppenprozentwerte für Zustimmung
 2.2 18.28 34.37 50.45 66.53 82.62 98.7
 BLANK ○ █ █ █ █ █ █

DISTANZ METRIK IST EUCLIDISCHE DISTANZ
 WARDS MINIMUM VARIANCE METHODE

Zur Beurteilung der möglichen Einsatzfelder der Bundeswehr und der eigenen Beteiligung ist zunächst verblüffend, daß eine relativ homogene Zustimmung zu Umweltschutz- und Wiederaufforstungseinsätzen bei allen Jugendlichen vorliegt. Das betrifft sowohl die Aufgabenzuweisung zur Bundeswehr als auch die eigene Teilnahmebereitschaft (vgl. Tabelle 5).

Bei genuin militärischen Funktionen sind ostdeutsche Jugendliche zurückhaltender als westdeutsche.

Die Aufgabenzuweisung für die Bundeswehr stellt sich nur für die westdeutschen potentiellen Freiwilligen "problemlos". Über zwei Drittel der westdeutschen Wehrdienstwilligen befürworten die "klassische" Aufgabe der Verteidigung von NATO-Ländern, aber auch einen Blauhelmeinsatz innerhalb Europas. Bei Blauhelmeinsätzen außerhalb Europas, militärischen Maßnahmen gegen Länder, die sich gegen UNO-Beschlüsse Atomwaffen beschaffen wollen, und militärischen UNO-Einsätzen ist nur noch über die Hälfte der westlichen Wehrpflichtigen für einen Bundeswehreinsatz. Keine Mehrheit unter ihnen ist für den Einsatz der Bundeswehr bei inneren Unruhen und zur Abwehr von Wirtschaftsflüchtlings zu gewinnen.

Alle diese Bundeswehreinsätze finden unter entschiedenen Verweigerern erwartungsgemäß wenig Anklang. Aber: Über ein Drittel der westlichen Verweigerer befürwortet Blauhelmeinsätze innerhalb und außerhalb Europas, militärische Maßnahmen gegen Nuklearwaffen-beschaffende Staaten und die Verteidigung von NATO-Ländern als Bundeswehr-Aufgabe.

Nur: Sie selbst würden da nicht mitmachen. Unter ostdeutschen Verweigerern gilt dasselbe lediglich in bezug auf Blauhelm-Einsätze zur Sicherung von Waffenstillstandsvereinbarungen.

Die veränderte sicherheitspolitische Situation in Deutschland hat, zusammen mit den steigenden Individualisierungstendenzen, der Dienstleistungsorientierung und der individuellen Wahlfreiheit darin, offenbar auch einen neuen Verweigerer-Typus geschaffen: den individualistisch orientierten Zivildienstleistenden. Seine Haltung ist nicht unmittelbar anti-militaristisch oder anti-militärisch. So wie nicht jeder bei der Post arbeitet, die Post aber eine notwendige Dienstleistung ist, so betrachtet er militärische Handlungen als eine Dienstleistung, die am besten von Freiwilligen erbracht wird. Universalistische, postkonventionelle Argumente, wie bei früheren oder anderen Kriegsdienstverweigerern, tauchen bei ihm dann nicht mehr auf

Wie alle erfolgreichen sozialen Bewegungen mußte die Kriegsdienstverweigerungs-Bewegung ihren quantitativen Erfolg auch mit qualitativen Unschärfen bezahlen: Die Verweigerer sind in der Phase eines sozialen Massenphänomens nicht mehr so homogen, wie sie vielleicht in der Protagonistenphase waren.

Damit stellt sich eine andere Frage: Welche Trennlinien gibt es innerhalb derer, die einen Kriegsdienstverweigerungs-Antrag stellen?

Potentielle Zivildienstleistende

Wie sicher sind sich die Kriegsdienstverweigerer in ihrer Entscheidung?¹

Die entschiedenen Verweigerer sind sich in ihrer Entscheidung sehr sicher². Das gilt für Ostjüngliche genauso wie für Westjüngliche (vgl.Tab.6).

Bei denjenigen, die noch mit der Entscheidung für den Wehrdienst oder für den Kriegsdienstverweigerungs-Antrag beschäftigt sind, ist naturgemäß eine leichte Verunsicherung bei der Präsentation weiterer verschärfter Bedingungen zu verzeichnen.

„Aber: Unter den westdeutschen jugendlichen, die sich eine Verweigerung überlegen, ist eine prägnante Gruppe (von ca. 15% aller potentiellen Verweigerer), die sich durch Zusatzbedingungen verunsichern läßt. Für diese Gruppe fällt offensichtlich die Nützlichkeitsabwägung des Zivildienstes in den Bereich des berühmten "Grenznutzens".³

Die relativ höhere Gewißheit unter den ostdeutschen Verweigerern zeigt, daß dort noch eine protagonistische Verweigerungsgruppe dominiert, die sich in ihrem sozialen Umfeld durchsetzen muß.

Der traditionelle zivile Ersatzdienst war durch die Arbeit mit Behinderten, Kranken und Alten geprägt. Inzwischen ist durch den Ausbau der Zivildienstplätze das Spektrum des Zivildienstes erweitert und dadurch auch dessen Charakter verändert worden.

Welche Art des Zivildienstes wird nun im Zusammenhang mit der jeweiligen Entscheidungssicherheit angestrebt

Die meisten Verweigerer wollen sich in ihrem Zivildienst mit Natur- und Umweltschutz beschäftigen (42%), fast genauso viele (38%) würden sich am liebsten der Pflege und Betreuung von Kindern oder jugendlichen widmen. Aber immerhin 20% wollen sich von sich aus mit der Pflege und Betreuung von körperlich oder geistig Behinderten, von Kranken oder von Alten befassen (vgl. Tab.7).

¹ Dazu waren in der SINUS-Jugendstudie fünf zwischen Ost und West vergleichbare Kriterien einer verschärften Bedingung des Zivildienstes enthalten:

- 1) die ganztägige Pflege eines bettlägerigen Kranken
 - 2) Wohnen in amtlich bereitgestellten Gemeinschaftsunterkünften
 - 3) sofortige Einberufung zum Zivildienst nach Anerkennung
 - 4) nur ein Taschengeld von 150 DM pro Monat
 - 5) wöchentliche Arbeitszeit zwischen 50 und 60 Stunden ohne Freizeitausgleich
- Daraus wurde ein Index für die Sicherheit der KDV-Entscheidung gebildet.

² Die Aussagen beruhen auf einer Konfigurationsfrequenzanalyse, wobei es im wesentlichen auf die Prägnanz eines Typus ankommt. Prägnanz heißt dabei, daß die Ausprägung überzufällig zusammengesetzt ist.

Auch hier werden weitere methodische Details unterschlagen.

³ Ein anderer Terminus der ökonomischen Theorie würde sie als "free-rider" oder "Trittbrettfahrer" qualifizieren. (Vgl. Kern,L./Räder,H.G.: On explaining the rise of the New Social Movements in Germany. In: Diekmann/Mitter(eds.), Paradoxical Effects of Social Behavior. Heidelberg & Wien 1986, S.169-185)

Tabelle 6:

Potentielle Zivildienstleistende 1992

Konfiguration aus KDV-Absicht (definitiv/vielleicht)
 WEST-/OST-Deutschland
 Entscheidungs-Sicherheit unter verschärften Bedingungen
 Prägnanz der Konfiguration - beobachtete - erwartete Häufigkeit (%)

Konfiguration	Kondition	KONF.	Häufigk.	Prozent	Erwartet Prozent	PRÄG- NANZ f - exp	
KDV	BRD						
def	WEST	unsicher	111	40	4.1	6.42	-2.32
		wenig s.	112	58	5.9	7.02	-1.12
		mittel	113	55	5.6	10.51	-4.91
		sicher	114	109	11.2	8.42	2.78
		sehr sich	115	209	21.4	14.09	7.31
def	OST	unsicher	121	9	.9	1.53	-.63
		wenig s.	122	9	.9	1.68	-.78
		mittel	123	8	.8	2.51	-1.71
		sicher	124	12	1.2	2.01	-.81
		sehr s.	125	54	5.5	3.36	2.14
viell	WEST	unsicher	211	74	7.6	4.62	2.98
		wenig s.	212	69	7.1	5.06	2.04
		mittel	213	104	10.6	7.57	3.03
		sicher	214	45	4.6	6.06	-1.46
		sehr sich	215	26	2.7	10.15	-7.45
viell	OST	unsicher	221	12	1.2	1.09	.11
		wenig s.	222	12	1.2	1.19	.10
		mittel	223	54	5.5	1.79	3.71
		sicher	224	11	1.1	1.43	-.33
		sehr sich	225	7	.7	2.39	-1.69
		Gesamt		-----	-----	-----	
				977	100 %	100 %	

Tabelle 7:

Entscheidungssicherheit und Zivildienst-Präferenz

KDVZIV Kategorien siehe Tabelle 6	Reihen %	Gewünschte Art des Zivildienstes			KDVZIV a) n	Prägnanz	
		Jugendl. 1.00	Natursch 2.00	Behinderte Kranke Alte 3.00			
def WEST	unsicher	111	64.7	26.5	8.8	34	Anti-Typ
	wenig s.	112	35.8	43.4	20.8	53	
	mittel	113	61.7	25.5	12.8	47	Anti-Typ
	sicher	114	39.4	35.4	25.3	99	Typ
	sehr s.	115	33.9	34.4	31.8	192	Typ
def OST	unsicher	121	11.1	66.7	22.2	9	
	wenig s.	122	12.5	75.0	12.5	8	
	mittel	123	20.0	40.0	40.0	5	
	sicher	124	25.0	41.7	33.3	12	
	sehr s.	125	21.6	54.9	23.5	51	Typ
viell. WEST	unsicher	211	31.3	62.5	6.3	64	Typ
	wenig s.	212	52.4	38.1	9.5	63	(Typ)
	mittel	213	46.3	36.6	17.1	41	Typ
	sicher	214	40.5	42.9	16.7	42	
	sehr s.	215	43.5	34.8	21.7	23	Anti-Typ
viell. OST	unsicher	221	16.7	66.7	16.7	12	
	wenig s.	222	33.3	58.3	8.3	12	
	mittel	223	33.3	60.0	6.7	15	Typ
	sicher	224	22.2	66.7	11.1	9	
	sehr s.	225	28.6	71.4		7	
Umfang: gewünschte Art d. ZD			305	332	161	798	
% d. ZDL-Willigen			38.2	41.6	20.2	100 %	

Fehlende Werte in einer Variablen bei 179 Fällen

Je sicherer und definitiver die Entscheidung gegen den Wehrdienst ausfällt, desto eher wird auch die Arbeit mit Behinderten, Kranken und Alten angestrebt. Damit ist wahrscheinlich die Kerngruppe der postkonventionellen Kriegsdienstverweigerer in der Tradition ihrer Protagonisten umrissen. In der SINUS-Jugendstudie 1992 gibt es keine Hinweise für die Ableitung sozio-moralischer Kategorisierungen. Es ist aber zu vermuten, daß in solchen Urteilsstrukturen eine wesentliche Unterscheidungslinie nicht nur zwischen Wehrdienstleistenden und Verweigerern, sondern auch innerhalb verschiedener Arten von Verweigerern zutage tritt¹.

In seinen Untersuchungen zu einem allgemeinen Gesellschaftsdienst hat auch HeinzUlrich Kohr wiederholt darauf hingewiesen, daß die Präferenzen für solche Dienstoptionen ungleich verteilt sind. Insbesondere fällt dabei auf, daß unter männlichen 16-18jährigen die Arbeit mit Behinderten, Alten und Kranken abgelehnt wird, wenn die Jugendlichen politisch rechts orientiert sind.² Die Wehrpflichtentscheidung scheint unter diesen Aspekten für männliche jugendliche in einem Syndrom der Identitätskonstruktion und Angstabwehr, der sozio-moralischen und der politischen Orientierung eingebunden zu sein.

obwohl die Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistenden mittlerweile einen beträchtlichen Anteil unter den jugendlichen ausmachen, weiß man eigentlich nur sehr wenig über diese Gruppe. Aber gerade angesichts der Eingliederung der ostdeutschen jugendlichen auch in das Zivildienstsystem wären einige Informationen über mögliche Probleme zweckdienlich.

Rahmenbedingungen für die KDV-Entscheidung in Ost- und Westdeutschland

Es wurde gezeigt, daß die Kriegsdienstverweigerung in der Lebenswelt der ostdeutschen und der westdeutschen jugendlichen noch unterschiedlich verankert ist. Da speziell zur Kriegsdienstverweigerung in den neuen Bundesländern - also in Ostdeutschland - lediglich dürftige Informationen vorliegen, soll abschließend auf die unterschiedliche Lage in Ost- und Westdeutschland eingegangen werden.

Die Erfahrungen der ost- und westdeutschen jugendlichen sind auch nach der Vereinigung verschieden. Das zeigt sich auch in der Bewertung von Wehrpflicht und Kriegsdienstverweigerung.

Symptomatisch dafür war schon vor der Vereinigung (1986) die Sicht eines siebzehnjährigen Mädchens, das vor einem Jahr mit seinen Eltern aus der DDR in die damalige Bundesrepublik übergesiedelt war³. Für sie stellte sich damals die Frage- Wie funktioniert diese Gesellschaft? Wie verhalten sich die Menschen in ihr? Zu Militär hat sie damals folgendes gesagt

¹ Die Sekundäranalyse des Materials der SINUS-Jugendstudie 1992 kann zwar einige Hinweise zur Beschreibung von Kriegsdienstverweigerern liefern, sie ist aber zu einer solchen Beschreibung nicht konzipiert. Wesentliche Teile einer solchen Beschreibung müssen notwendigerweise fehlen. Ein Vorteil dieser Studien besteht in der möglichen Kontrastierung von Wehrdienstwilligen und Verweigerern und in ihren Möglichkeiten, Zeitreihen zu bilden.

² Siehe Kohr, Lippert, Meyer und Sauter: Jugend, Bundeswehr und deutsche Einheit. SOWI-Berichte, Heft 62, München 1993, S.61ff.

³ Hier wird auf eine Studie des SOWI, die offene Interviews einbezieht, zurückgegriffen. Vgl.: Hans-Georg Räder (1992), Sicherheit und Wertewandel, SOWI-Bericht 57

Interviewer:

Was glaubst du denn: Ist das Militär allgemein in deinen Augen eher eine Garantie oder eine Bedrohung für die Sicherheit?

Hast du das auch schon getan, als du noch in der DDR gewohnt hast?

Also die territoriale Sicherheit?

Wenn du jetzt mal ganz konkret an die Bundeswehr denkst: Glaubst du, daß die eher eine Garantie oder eine Bedrohung der Sicherheit ist?

Hat die Bundeswehr für dich persönlich eine Bedeutung oder fühlst du dich persönlich dadurch nicht berührt?

Übersiedlerin aus DDR:

Ich würde sagen: eine Garantie der Sicherheit. Ich stehe zum Militär.

Also, ich meine, da ist ja ein bißchen Unterschied zwischen dem Militär und dem hier. Bloß stehen tu ich trotzdem dazu - auf jeden Fall. Denn das Militär ist ja nicht dafür verantwortlich, im Grunde genommen, daß es das Volk jetzt .., sagen wir mal, wenn jetzt irgendwie 'ne Revolution auftreten würde -wenn man das mal kraß nimmt -.nicht in erster Linie das ist, wofür das Militär verantwortlich ist, sondern erst mal mehr so für die Außenpolitik, also die Länder. Ich meine, wenn man jetzt so überfallen wird ...

Ja, so meine ich es, genau.

Viel weiß ich eigentlich nicht davon. Aber ich glaube schon, daß es eine Garantie ist. Sonst würde es das sicherlich nicht geben und viele würden es sehr verweigern.

Ja, eine Bedeutung hat es auf jeden Fall. Ich meine hier die Sicherung des Territoriums, unser Land. Ob das jetzt für mich eine Bedeutung hat? Sicher, schon. Ich meine, wir sind ja mal die Betroffenen, wenn es zum Krieg oder irgendwas kommt.

Bemerkenswert scheint mir, daß trotz aller Verunsicherungen, die der Systemwechsel in ihrer Biographie hervorgerufen hat, die erlernte Funktionszuschreibung für das Militär schlechthin stabil bleibt: Das Militär schützt unser Land - auch wenn das "unser" so abrupt seine Bedeutung geändert hat¹. Das Beispiel sollte zeigen, daß die Bewertung der Institution "Militär" in der DDR-Sozialisation mit anderen Selbstverständlichkeiten und Konnotationen als in der West-Sozialisation ausgestattet zu sein scheint. Darauf verweisen auch Kohr, Lippert, Meyer und Sauter (1993, S.104ff), die in einer SOWI-Untersuchung der Bewertung der Bundeswehr durch jugendliche im vereinten Deutschland nachgegangen sind.²

In dieser Untersuchung finden sich auch weitere Hinweise auf unterschiedliche Einschätzungen des Wehrdienstes zwischen Ost- und Westjugendlichen. Insbesondere wird unter ostdeutschen jungen Männern die Militärzeit (häufiger als unter westdeutschen) als "impliziter Nachweis der Männlichkeit"³ betrachtet. Damit tradieren sie die konventionelle Üblichkeit ihrer Väter.

"Den Soldaten aus den neuen Bundesländern ... erscheint das Ableisten des Wehrdienstes deutlich stärker als die 'normgerechtere' Verhaltensweise gegenüber der staatlichen Anforderung der allgemeinen Wehrpflicht als ihren westdeutschen Kameraden. Diese Einstellung stützt sich auf historisch tradierte und bis heute im wesentlichen ungebrochene Orientierungsmuster, nach denen der Militärdienst als Bestandteil der gesellschaftlichen Konstruktion von Männlichkeit dient. Die restriktiven Rahmenbedingungen der ehemaligen DDR haben das ihre dazu getan, Kriegsdienstverweigerung als abweichendes Verhalten politisch und gesellschaftlich zu diskriminieren und damit die Wehrpflicht als weithin unhinterfragte Selbstverständlichkeit zu installieren." (Kohr, Lippert, Meyer und Sauter 1993, S. 119f)

Insofern ist auch die Beobachtung aus der SINUS-Studie plausibel, daß die ostdeutschen Verweigerer unter vielen Aspekten „westlicher“ sind als ostdeutsche Wehrdienstleistende. Das betrifft vor allem die Art der Identitätskonstruktion, aber auch sozio-politische Orientierungsmuster.

Letztendlich führt diese Beobachtung wieder auf die Frage zurück, welche gesellschaftlichen Bedingungen und Prozesse denn mit Wehrpflichtarmeen und hohen Verweigerungsraten verknüpft sind. Damit wäre die Kriegsdienstverweigerung ein indirekter Indikator für den jeweiligen gesellschaftlichen Zustand. Die Bindungskräfte tradierter Karriere- und Mitgliedschaftsmuster lassen in Zeiten einer beschleunigten gesellschaftlichen Dynamik notwendigerweise nach und der Legitimationsdruck auf bestehende Institutionen erhöht sich. Neben der Bundeswehr durchlaufen auch ganz andere gesellschaftliche Institutionen diese

¹ In diesem Zusammenhang hat sie auch mit ihrer Vision der „Revolution“ und der Sonderrolle des Militärs - also der NVA - recht behalten.

² Heinz-Ulrich Kohr, Ekkehard Lippert, Georg-Maria Meyer und Johanna Sauter: Jugend, Bundeswehr und deutsche Einheit. SOWI-Berichte, Heft 62, München 1993

³ Zur Rolle des Militärs bei der Herstellung einer männlichen Subjektivität ist insbesondere Ruth Seifferts Untersuchung zur Subjektperspektive im Militär aufschlußreich: Ruth Seiffert, Individualisierungsprozesse, Geschlechterverhältnisse und die soziale Konstruktion des Soldaten. SOWI-Berichte, Heft 61, München 1993.

- aus ihrer Sicht leidvolle - Erfahrung: So verzeichnen auch Kirchen und Gewerkschaften einen deutlichen Mitgliederschwund.

Je mehr sich die Lebenssituationen in Ost- und Westdeutschland angleichen werden, desto mehr werden sich auch die Nebenwirkungen der gesellschaftlichen Modernisierung in Ostdeutschland ausbreiten. Dazu gehört auch ein Bedeutungsverlust des "Militärischen" im gesellschaftlichen Alltag. Wenn die Bundeswehr nicht zu einem Reservat der "Modernisierungsverlierer" werden will, muß sie sich darauf einstellen.